

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6885
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bettelgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3167

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 27 500 Exemplaren.

Inhalt.

Eine warnende Vermahnung. — Zur Lage der städtischen Arbeiter in Breslau. III. — Die Wilhelmshavener und Panter Gaswerke. — Die Einzelmitgliederschaft Dresden. — Aus dem Gau Südböhmen. — Geschäftsbericht der Filiale Groß-Berlin. — Aus unserer Bewegung.

Eine warnende Vermahnung.

So schreibt die „Breslauer Morgenzeitung“, erläßt der Magistrat unserer Stadt an die städtischen Arbeiter. Richtiger gesagt wäre es schon, wenn man schreiben würde: Eine Beschränkung des Koalitionsrechtes für die städtischen Arbeiter beabsichtigt der Breslauer Magistrat durchzuführen. Um unsere Kollegen von vornherein über die diesbezügliche Besannmachung des Breslauer Magistrats im „Breslauer Gemeindeblatt“ zu orientieren, lassen wir dieselbe gleich eingangs im Wortlaut folgen:

Bekanntmachung.

Der von der sozialdemokratischen Partei errichtete „Gemeindearbeiterverband, Filiale Breslau“, sucht neuerdings wieder Einfluß bei den städtischen Arbeitern zu gewinnen, indem er öffentlich schwere und beleidigende Vorwürfe gegen uns erhebt, und indem er die in seine Versammlungen kommenden Arbeiter veranlaßt, sein Vorgehen durch Resolutionen zu billigen und also jene Beleidigungen gegen uns sich anzueignen.

Wir achten durchaus das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter, d. h. das Recht, sich zur gemeinsamen Geltendmachung von Wünschen und Forderungen zu vereinigen. Durch Einsetzung frei gewählter Arbeiteranschlüsse haben wir sogar selbst einen Weg geordnet, um solche Wünsche an uns zu bringen. Das Koalitionsrecht gibt den Arbeitern aber nicht auch ein Recht zu grundlosen Vorwürfen und Beleidigungen gegen den Arbeitgeber und seine Beamten.

Ein ehrenwerter Arbeiter, der selbst achtungsvoll und wohlwollend behandelt werden will, wird von selbst auch feinerseits der Dienstbehörde und ihren Vertretern mit Achtung und Wohlwollen begegnen.

Wer hohle und beleidigende Vorwürfe gegen sie öffentlich erhebt oder mit Beifall begleitet, verletzt seine Dienstpflicht und beweist damit, daß er sich für den städtischen Dienst nicht eignet. Er wird daher im Interesse des Dienstes entlassen werden müssen, damit wir weiter ein anständiges Verhältnis zu unseren Arbeitern aufrecht erhalten können.

Indem wir unsere Arbeiter auf diese unvermeidliche Folge warnend hinweisen, bitten wir sie zugleich, in ihren Kreisen selbst dahin zu wirken, daß wir nicht in die Lage gebracht werden, vom Entlassungsrecht Gebrauch machen zu müssen.

Wir sind seit Jahren ernstlich bemüht, den Arbeitern der Stadt eine gute, achtungsvolle Behandlung, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, eine bessere Alters- und Witwenversorgung, eine bessere Krankenunterstützung usw. zu sichern. Gewiß werden wir niemals alle Wünsche befriedigen können und sicherlich wird auch immer ein, oder Grund zu klagen bleiben; allein wir können das Vertrauen in Anspruch nehmen, daß wir bereit sind, verständige Forderungen wohlwollend zu prüfen und nach Möglichkeit zu erfüllen.

Das wird uns um so leichter gemacht werden, je vertrauensvoller unsere Arbeiter sich selbst zu uns stellen und je weniger sie solchen Leuten folgen, die uns berufsmäßig und geschnitten schlecht machen und sogar unseren guten Willen bestreiten.

Breslau, den 20. Juli 1906.

(W. W. 1451 06.)

Der Magistrat

hieriger Königl. Haupt- und Residenzstadt.

Die bürgerliche Presse, an ihrer Spitze „Berliner Tageblatt“, „Vossische Zeitung“, „Schlesische Zeitung“, „Das Deutsche Blatt“ usw. geben diese Philippika natürlich mit Wohlbehagen wieder. Sie finden diesen Erlaß nicht bloß „sachgemäß“ und einwandfrei“, sondern auch wohlgeneimt. Darauf, was darin eigentlich gesagt wird, gehen diese Leutchen aber gar nicht ein.

Schon die Einleitung strotzt von Unrichtigkeiten. Unsere Organisation, der Verband der Gemeindearbeiter usw., ist nämlich nicht von der sozialdemokratischen Partei gegründet, sondern von den mit ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen unzufriedenen Arbeitern. Allerdings kommt man in den Kreisen der bürgerlichen Parteien dem Arbeiter nicht in dem Maße, wie es notwendig wäre, entgegen, die Arbeiter fühlen den Druck durch die Vorgesetzten, die Ungerechtigkeit in den heutigen Verhältnissen und dadurch werden sie eben zu Sozialdemokraten. Infolgedessen auch das Groß der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter betrachtet sich gar nicht als beleidigt, wenn sie mit der Sozialdemokratie liiert werden, sie sind zumeist sogar stolz darauf, Sozialdemokraten zu sein. Der beabsichtigte Zweck der Breslauer Stadtverwaltung wird daher keineswegs erreicht.

Wenn die Herren vom Breslauer Magistrat aber vermeinen, unsere Filiale in Breslau veründe neuerdings wieder an Einfluß zu gewinnen, so täuschen sie sich. Unter Einfluß ist dort eben nicht rückwärts sondern seither vorwärts

gegangen, er ist also da. Eine Mitgliederzahl von über 700 ist doch immerhin schon von gewisser Bedeutung in allen Fragen.

Nun will der Magistrat auch wieder einmal beleidigt sein. Ist dies vielleicht dadurch der Fall, daß die niedrigen Löhne der Kommunalarbeiter Breslans ans Tageslicht gezogen wurden und diese sich gezwungen sahen, eine Feuerungszulage zu verlangen. Will man, wie das in dem Ufas klar gesagt wird, die um Lohn-erhöhung petitionierenden Arbeiter aufs Straßenpflaster legen, weil sie eben eine deutliche Sprache führen, so sollen sich die Herren im Magistrat nicht wundern, wenn auf ihre Windes-Ansaat Sturm geerntet wird. Ihre platonische Liebeserklärung fürs Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter ändert daran nichts. Das Koalitionsrecht der Arbeiter muß eben auch praktisch gehandhabt werden können, sonst hat es doch keinen Wert.

Ungeachtet der Selbstweihräucherung des Magistrates im 6. Absatz der Befamtmachung, verlangen eben die Arbeiter eine grundlegende Verbesserung ihrer Lage, vor allem in puncto Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Mindestlohnlöhne. Das scheint man aber im Breslauer Rathaus absolut nicht verstehen zu können oder zu wollen. Ist es denn so schwer, bei den heutigen Lebensmittelpreisen und Wohnungsmieten, diesen Drang der Arbeiter begreifen zu lernen? Reichen doch bei dem schlechtest bezahlten Personal der Stadtverwaltung (2,10 Mk. Tagelohn) die Löhne noch nicht einmal zur Deckung der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse aus, und da kommt man denn magistralseitig her und erklärt einfach, solches Vorgehen des Gemeindefacharbeiterverbandes sei ungerechtfertigt und beleidigend, und deshalb will man die Arbeiter, die an den Versammlungen teilgenommen und der Resolution zugestimmt haben, eventuell entlassen.

Durch solche Drohungen, wie sie hier in dem Ufas ausgesprochen sind, wird aber doch das Koalitionsrecht vollständig illusorisch gemacht. Man will die städtischen Arbeiter einschüchtern, nicht mehr in die Versammlungen des Gemeindefacharbeiterverbandes zu gehen. Das Auftreten der Arbeiter ist aber doch nur die Folge von dem seinerzeitigen Vorgehen des Herrn Oberbürgermeister Dr. Bender gegen die Feuerungszulagen Deputation. Oder glaubt man wohl gar, daß dadurch das Vertrauen der Arbeiter zur Verwaltung gewachsen ist? Möge man nur die Wünsche des Personals mehr berücksichtigen, dann wird ihr Drängen auch weniger ungetüm sein und dann wird es auch den guten Willen des Magistrates, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter zu bessern, nicht mehr in Frage stellen.

Unsere Kollegen können wir aber nur, angelehnt dieses neuen Streiches des Breslauer Oberbürgermeisters gegen unseren Verband, ermahnen, fest und treu an der Organisation zu halten, dann müssen diese Schreckschiffe des Stadtoberhauptes einfach versagen.

Zur Lage der städtischen Arbeiter in Köln.

III.

Die Verwaltung der Stadt Köln zählt mit die schlechtesten, vielleicht überhaupt die niedrigsten Löhne von allen Unternehmern am Rhe. Diese Erkenntnis will man allerdings nicht nur in Köln an; die deutschen Stadtgemeinden alleamt haben es bis zum Grundan gemacht, aus variier Mühsal auf die Verwaltungsnehmer die Löhne ihrer Arbeiter immer höchst niedrig zu halten. Dafür gewährt man dann auf der andern Seite einige sogenannte „Wohltat“, auf die die Arbeiter jedoch heillos keinen Anspruch haben. So auch in Köln. Was dünkt die beste Art Sozialer Hilfe wäre außer der Einführung einer den gesundheitlichen Anforderungen entsprechenden Arbeitszeit die Gewährung auskömmlicher Löhne. Daß diese Art Sozialer Hilfe noch keinem Verständnis in der hiesigen Stadtverwaltung begegnet ist, dafür wollen wir einige Beispiele liefern.

Für das Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk, sowie für die Gasanstalt hat man in Höhe und Einteilung fast gleichlautende Lohn-tarife eingeführt. Wir wollen der Kürze halber deshalb diese Ver-triche zusammenfassen. Nach diesen Tarifen sollen folgende Bestimmungen gelten:

	Tagelöhne		Zulagen		Der Höchstlohn wird erreicht in Jahren
	Anfangs-lohn	Stichtags-lohn	Schlag	Art	
Heizer	3,50	5,50	8-10	1 Jahr	10
Maschinen-Handwerker			4-30	2 Jahr	
Mohrleger			5-10	1 Jahr	15
Anhalteteure	3,50	5,-	2-20	2 Jahr	
Wasserver			2-30	3 Jahr	
Mabeleger			6-10	1 Jahr	12
Regulierer	3,30	4,50	3-20	2 Jahr	
Schalttafelwärter			5-20	1 Jahr	10
Stift-maschinen.	3,-	4,50	5-10	1 Jahr	
Zählerableiter			6-10	1 Jahr	10
Erdarbeiter	3,-	4,-	2-20	2 Jahr	
Tagelöhner			6-10	1 Jahr	10
Gasarbeiter	3,-	4,-	2-20	2 Jahr	
Wasserver			Zulagen je nach Jahren und Leistung		
Lampenwärter (electr. Bel.)	2,50	3,40	5-10	2 Jahr	10
Jüngere Handwerker			5-30	3 Jahr	
Mehrlegergehilfen	2,50	3,-			
Wartemwarter f. Gas-, Petroleum u. Spiritusbel.					
Verordnungsauf-seher	3,50	5,-			

Was an diesen Bestimmungen besonders ins Auge fällt, sind die mehr als dürftigen Anfangslöhne. Heizer, Maschinen-, Handwerker usw.: 3,50 Mk., Erdarbeiter: 3,- Mk., jüngere Handwerker und Mehrlegergehilfen: 2,50 Mk. — wir meinen: diese Zusammenstellung genügt allem, um zu zeigen, wie unendlich weit die Stadt Köln in ihrer Verachtung zurück ist. Es sei nur daran erinnert, daß in der Privatindustrie Tarifverträge abgeschlossen wurden, die für gleiche Arbeit Mindestlöhne von 5,50 Mk. für gelernte und von 4-50 Pfg. Stundenlohn für ungelernete Arbeiter Bau- und Erdarbeiter garantieren. Und dabei sind die hiesigen Lohnbestimmungen am 1. April vorigen Jahres in Kraft getreten, und also noch verhältnismäßig jungen Datums.

Die aufgeführten Lohnbestimmungen sind nun aber keineswegs für die Verwaltung verbindlich. Freu oder gerade wegen der Tarife ist es in ihr Belieben gestellt, Löhne zu zahlen und Lohnzulagen zu gewähren, wie sie es gerade für nötig erachtet. Daß hierbei vor allem das fiskalische Interesse maßgebend ist, liegt auf der Hand. Bezüglich der Handwerkerkategorie heißt es: „Der Anfangslohn wird je nach den Leistungen von 4 bis zu 10 Pfg. festgesetzt.“ Das heißt also für die Feinmechaniker gelten, für die im Tarif ein Anfangslohn von 4,- Mk. vorgegeben ist. Für sämtliche Arbeiter gilt folgende Bestimmung: „Die Anfangslöhne können nach Anordnung der Direktion in besonderen Fällen anderweitig festgelegt werden. Die vorgesehenen Zulagen werden nur bei zufriedenstellender Führung und entsprechender Leistung gewährt.“ Auf gut Deutsch heißt das: Die Bestimmungen bestehen zu Recht, soweit der Verwaltung es beliebt! Mein Wunder, wenn dann hinsichtlich der Lohnhöhe keinerlei Regel vorhanden ist. Es würde zu weit führen, wollten wir alle jene Fälle hier verzeichnen, in denen die Lohnbestimmungen nicht oder in nur geringem Maße beachtet wurden. Der Herr Justiz-Rat Deubel vom Gas- und Wasserwerk wollte ja nun die bezüglichlichen Bestimmungen von jedem einzelnen Arbeiter unterbreitet haben; ungegenügend ist man aber davon abgegangen und hat dem Arbeiterauschuß das Recht eingeräumt, in dieser Sache zu vermitteln. Eine in diesen Tagen stattfindende Sitzung des Ausschusses wird sich hiermit befassen. Das-selbe wird auch hinsichtlich des Elektrizitätswerks geschehen müssen.

Inwiefern die bestehenden Bestimmungen eingehalten werden, dafür einige Beispiele: Nach dem Tarif sollen die Kalkemwarter einen Anfangslohn von 2,50 Mk. pro Tag erhalten, steigend alle zwei Jahre um 10 Pfg. bis zum Höchstlohn von 3 Mk. Nun hatten diese Leute bis Ende vorigen Jahres allemal nicht mehr als 2,50 Mk. Unter-dessen wurden auf Drängen der Organisations-Zulagen gewährt. Den Höchstlohn von 3 Mk. hat jedoch noch keiner der Arbeiter erreicht, obgleich sich unter ihnen Leute mit zwei und mehr Dienstjahren befinden. Die Verordnungs-auf-seher haben nach dem Tarif einen Anfangs-tagelohn von 3,50 Mk., steigend alle drei Jahre um 10 Pfg. bis zu 5 Mk. Man sollte nun annehmen, daß diese Gruppe ganz bestimmte

Lohnverhältnisse aufzuweisen hätte. Aber nicht nur, daß die Löhne an sich sehr verbesserungsbedürftig sind, weisen sie auch untereinander erhebliche Abweichungen auf, wie dies aus nachfolgender Zusammenfassung hervorgeht. Von zehn Aufsehern hatten aufzuweisen:

eine Gesamt- dienstzeit	darunter als Aufseher tätig	Tage-lohn
Jahre	Jahre	M.
6	2	3,80
6	2	3,50
7	3	3,50
8 ¹ / ₂	8 ¹ / ₂	4,10
10	8	4,20
12	7	4,-
15	4	4,-
16	6	4,-
18	10	4,30
22	4	3,80
30	7	4,10

Der zuletztangeführte arbeitete 21 Jahre im Stockhaus der Gas-anstalt. Heute steht er in seinem dreißigsten Dienstjahre, und die Stadt zahlt ihm 4,10 M. Tageslohn, also 40 Pfennig weniger, als der Baumunternehmer heute seinen jungen Grundarbeitern am ersten Tage der Beschäftigung zahlt.

Tafel die in den Tabellen aufgeführten Höchsthöhne nur dekoratives Beiwerk sind, ergibt sich aus dem folgenden: Eine Meldestelle des Gas-, Elektrizitäts und Wasserwerks beschäftigt neun Installateure. Von acht waren Angaben bezüglich ihres Lohnes zu erhalten. Diese acht Arbeiter haben zusammen einen Tagesverdienst von 29,80 M., der durchschnittliche Tageslohn beträgt also 3,72 M. Das durchschnittliche Lebensalter dieser Leute ist 28,8 Jahre, es kommen also Arbeiter in Frage, die ihre ertragsreichsten Lebensjahre der Stadt verkaufen. Daß es sich übrigens nicht um ungeübte, neuingestellte Leute handelt, geht daraus hervor, daß das durchschnittliche Dienstalter etwa sechs Jahre beträgt. Außerdem kommen noch vierzehn Hilfs- und Erdarbeiter in Frage, deren durchschnittlicher Tageslohn gar nur 3,51 M. beträgt. Das durchschnittliche Lebensalter beträgt hier 30,5 Jahre, das Dienstalter vier Jahre elf Monate. Einen weiteren hübschen Beleg über die Lohnhöhe der städtischen Arbeiter liefert eine gelegentliche Versammlung der Arbeiter des Gas-, Wasser und Elektrizitätswerks aufgenommene Statistik. Wir teilen die an der Aufnahme Beteiligten in zwei Gruppen; in die der gelernten und die der un-gelernten Arbeiter. In der ersten Gruppe finden wir Maschinenführer, Heizer, Monteure, Installateure, Schlosser, Klempner, Mechaniker, Hobelger, Hilfsmaschinenführer, Maurer und Plasterer. Die zweite umfaßt alle Hilfsarbeiter, Hammer, Hilfsmonteure, Hilfsinstallateure und Lampenwärter der elektrischen Beleuchtung. Diese Erhebung erstreckt sich auf 38 Arbeiter der ersten und 37 der zweiten Gruppe. Das Ergebnis sieht so aus:

	Durchschnitt- liches Lebensalter	Durchschnitt- liches Dienstalter	Gesamter tägliches Verdienst	Mittel durch- schnittlicher Tagesverdienst
	Jahre	Jahre	M.	M.
Gruppe I	32,06	5,7	156,10	4,10
Gruppe II	35,3	6,1	133,90	3,61

Nach einzelnen Berufsarten geordnet ergeben sich folgende Durch-schnittslöhne: Mechaniker 5,10 M., Friseur 1,53 M., Heizer 4,25 M., Maurer 4,22 M., Maschinenführer, Schlosser und Hobelger 4,10 M., Installateure 4,03 M., Schalttafelwärter 3,90 M., Hilfsmaschinenführer 3,60 M. Am besten wir uns allerdings auf Grund vorliegender Zahlen kein abschließendes Urteil anmaßen; jedenfalls aber gewähren diese einen interessanten Einblick in die Einkommensverhältnisse der städtischen Arbeiter. Unsere Aufgabe wird es sein, die Statistik nach der angegebenen Richtung weiter auszubauen. Jeder weitere Schritt auf diesem Gebiete wird uns zeigen, daß die „hohen Löhne“, die die Stadt ihren Arbeitern gewährt, gar keinen Vergleich mit den Löhnen der Privatindustrie aushalten.

Die Wilhelmshavener und Banter Gaswerke

sind seit längerem bekanntlich in den Besitz der Thüringer Gas-Aktion Gesellschaft übergegangen. Nach der Übernahme wurden die Arbeiter zusammengetrommelt und ihnen kundgetan, daß ihr Arbeits-Verhältnis das alte bleibe und demzufolge auch die gültigen Verein-barungen weiter bestehen sollten. Ja, es wurden sogar Andeutungen gemacht, daß die Verwaltung ein großes Interesse daran habe, lang-jährige und erfahrene Arbeiter sich zu erhalten, weshalb sie auch Altersprämien gewähren werde. Tatsächlich erließen auch bald darauf ein Ausschuss, nach welchem denjenigen Arbeitern, welche länger als fünf Jahre bei den Gaswerken in Arbeit stehen, als Anerkennung für treue und zuverlässige Dienste Ehrengehälter erhalten sollen, und zwar

50 M. für je fünf Jahre, bis 250 M., welche Summe bei etwaigem Abgange des betr. Arbeiters ausgezahlt werden soll. Abgesehen davon, daß diese Ehrengehälter, falls sie wie vorstehend angegeben, gewährt wird, geradezu als eine Prämie auf das Abgehen alter Arbeiter er-scheint, und obwohl die Arbeiter ganz genau wissen, daß ihnen diese Prämien doch von dem von ihnen erschaffenen Mehrwert zukommen, nehmen sie die Prämien sehr gern, weil sie das Geld gebrauchen können. Doch sie weisen die Prämien ganz entschieden zurück, wenn sie gar als Almosen gelten oder wenn ihnen auf andere Art das Arbeitsverhältnis verbleibert und das Leben saurer gemacht wird. Sie wollen keine Almosen, sondern ihr Recht. In dieser Beziehung haben aber die Arbeiter der Gaswerke jetzt viel zu klagen. So wur-den ältere Arbeiter entlassen und jüngere dafür behalten. Als die Arbeiter wegen dieser Entlassungen der älteren Arbeiter vorstellig wurden, da wurden sie vertröstet! Es wurde ihnen nämlich ge-sagt, es würden — noch mehr Entlassungen folgen. Und dabei müssen Heberstunden gemacht werden. — Die Arbeitskraft wird jetzt aufs intensivste ausgenutzt. Ein Kontrollbuch muß jeder Arbeiter führen, in welches jeder seine Arbeiten eintragen muß, und die Kontrolle ist eine scharfe. Ja, sogar ein jugendlicher Schrei-ber ohne jede blasse Ahnung von Fach, kann, wenn er nur die nötige Dreifigkeit besitzt, im Handumdrehen zum „Oberinspektor“ werden, wobei dessen Schneidigkeit mehr wiegt, als alle Fachkenntnisse eines Meisters. Urlaub soll laut schriftlichen Arbeitsvertrages bis zu einem halben Tag nicht vom Lohn in Abzug gebracht werden. Als nun kürzlich ein Kollege, der in den Diensten des früheren Gasanhalts-befähigter alt und grau geworden, nach längerem Krankenlager verstarb und die Arbeiter Urlaub erhalten hatten, um ihn unter die Erde zu bringen, da wurde ihnen der verläumde Nachmittag vom Lohn in Abzug gebracht, und zwar sogar fünf Stunden statt nur 4¹/₂ Stun-den, da auf den Vormittag 5¹/₂ Stunden entfallen. — Wenn auf solche Art die Prämien herausgewirtschaftet werden sollen, dann verzichten die Arbeiter natürlich gern auf den ganzen Betrag! Früher war auch eine von Herrn Seidelhauer wohlgefüllte Unterstütsungs-kasse vorhanden. Es läge gewiß auch im Interesse der Verwaltung der Gaswerke, wenn sie den Arbeitern einen Einblick in die Maßen-verwaltung und ein Mitverwaltungsrecht gewähren würde. — Man sieht, die Gaswerke, an denen doch die Allgemeinheit ein großes Interesse hat, lassen in sozialer Beziehung sehr viel zu wünschen übrig. Hoffentlich können wir recht bald weiteres berichten.

Die Einzelmitgliederschaft Dresden

hat auch im II. Vierteljahr erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Mit-gliederszahl ist gewachsen, das Vermögen hat zugenommen. Und das bei einer Situation, die nicht gerade als günstig bezeichnet werden kann! Der Verbandstag und seine Beschlüsse, sowie auch eine ver-derbliche und bedauerliche Luertreiberei bei einem Teil der Tiefbau-arbeiter haben manchen Aufregung gebracht. Jedoch unseren „lieben Fremden“ zum Trost ist es vorwärts gegangen.

Rechnungsab-schluß.

	Einnahme.
116 Eintrittsgelder	58,- M.
2289 Beiträge à 50 Pf.	6 134,- "
247 weibliche Beiträge à 30 Pf.	74,- "
562 erwerbslose " " 30 "	168,60 "
746 " " 25 "	186,50 "
22 pensionierte " " 10 "	8,80 "
761 Delegiertensteuer Beiträge à 10 Pf.	76,10 "
761 Sekretariatsbeiträge à 10 Pf.	76,10 "
Diverse kleine Einnahmen	88,62 "
Dierzu Bestand vom I. Quartal	8 035,77 "
	Summa 15 807,09 M.

	Ausgabe.
An den Verbandsvorstand	1 895,81 M.
An die Verwaltung	533,50 "
An die Bezirkskammer	656,37 "
Miete, Porto, Druckbedarf	614,83 "
Station, Verammlungen	260,55 "
Stiefgeld für Ehefrauen	180,- "
Krankenunterstützung	1 257,- "
Arbeitslosenunterstützung	52,- "
Zonhige Unterstützung	50,- "
Für die angegriffenen Lithographen	50,- "
An das Arbeitersekretariat	100,- "
Diverse kleine Ausgaben	45,15 "
	Summa 5 695,51 M.

Bilanz:

Gesamteinnahme	15 807,09 M.
Gesamtausgabe	5 695,51 "
Bestand	10 111,58 M.
Gegen das I. Quartal mehr	1 176,81 M.

Mitgliederbewegung.

Am Schluß des I. Quartals waren		
Mitglieder	1 253	männliche, 45 weibliche
Neu hinzugetreten	130	—
<hr/>		
Befristeten und ausgetreten	53	15
<hr/>		
verbleiben	1 330	männliche, 30 weibliche
<hr/>		
Zusammen also	1 360	Mitglieder

Der Hauptkasse hat unsere Zahlstelle in diesem Vierteljahr folgende Ausgaben verursacht:

Für gemafregelte und von der Aussperrung betroffene Kollegen	470.—	Mk.
Für verstorbene Mitglieder	350.—	—
<hr/>		
Zusammen	820.—	Mk.

Diese Summe mögen sich besonders diejenigen Köpfer ansehen, die immer wissen wollen, warum das viele Geld nach Berlin geschickt wird.

Zu den Einnahmen möchten wir kurz bemerken, daß die Beiträge im großen ganzen gut entrichtet wurden, besonders wenn berücksichtigt wird, daß wir in diesem Quartal die Oster- und Pfingsttage hatten, die immerhin einen Einfluß ausübten. Die Delegiertensteuer ist jedoch sehr mangelhaft eingegangen und wir können nicht unterlassen, an dieser Stelle die launigen Mitglieder an ihre Pflicht zu erinnern.

Auch in diesem Quartal erforderte die Unterzujugung kranker Mitglieder eine ganz erhebliche Summe. Dies wirkt kein günstiges Licht auf den Gesundheitszustand der städtischen Arbeiter im allgemeinen. Und warum ist das so? Weil das Arbeitsverhältnis an sich noch vieles zu wünschen übrig läßt.

Die agitatorische Tätigkeit war im II. Quartal ebenfalls eine recht lebhaft. Es fanden statt 4 Versammlungen 47 Betriebsbesprechungen, 4 Sitzungen der Verwaltung und außerdem eine Anzahl von Konferenzen mit den verschiedenen Arbeitervertretern. Diese lebhaftige Tätigkeit unsererseits bewirkte auf der anderen Seite, daß sich das Stadtverordnetenkollegium ebenfalls öfter mit Angelegenheiten der städtischen Arbeiter befaßten mußte. Allerdings paßt dies verschiedenen der Herren Stadtväter durchaus nicht in den Strahl, und können wir den Herren Bloß und Unratsch nachfühlen, wenn sie die Negearbeiten am liebsten beiseite schieben würden. Ehe jedoch dieser fromme Wunsch der Herren in Erfüllung gehen wird, wird wohl noch viel Wasser die Elbe hinunterlaufen.

Die Lage der städtischen Arbeiter läßt, wie schon gesagt, noch manches zu wünschen übrig. Jedoch müssen wir auch zugeben, daß immerhin wieder Fortschritte zu verzeichnen sind.

Als wichtigstes ist anzuführen, daß für die Feuerhausarbeiter der Gasanstalten

der Achtstundentag

eingeführt worden ist. Wenn auch vorläufig nur als Probe bis zum 1. Oktober gedacht, so können wir ruhig behaupten, die Probe wird so ausfallen, daß die endgültige Einführung des Achtstundentages erfolgen wird und auch auf die übrigen Gasanstaltsarbeiter ausgedehnt werden wird. Es wird dann Aufgabe der Arbeiter sein, die jetzt bestehenden Härten und Ungleichheiten auszumerzen.

Die Kollegen der

Elektrizitätswerke.

deren Dienst gleichfalls bedeutende Anstrengungen erfordert, haben begrifflicherweise ebenfalls das dringende Bedürfnis, den Achtstundentag für sich eingeführt zu sehen. Wie aber die Situation gegenwärtig liegt, wird das leider nicht so schnell gehen. In den elektrischen Werken liegen die Verhältnisse wesentlich anders, als in den Gasanstalten. Von großem Einfluß sind hier die Bediensteten, eine Zwischenstufe von Arbeiter zum Beamten. Zum allergrößten Teil haben diese Leute kein Verständnis für die Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Es kommt noch hinzu, daß auch ein gut Teil der Arbeiter danach strebt, Bediensteter zu werden und so ergibt sich ohne weiteres, daß derjenige Teil der Arbeiter, welcher den Fortschritt will, mit ganz bedeutenden Schwierigkeiten zu kämpfen hat. An den sich daraus ergebenden Folgen haben dann naturgemäß alle zu leiden.

Zast die gleichen Verhältnisse bestehen in den

Wasserwerken.

Auch hier dominieren die Bediensteten. Jedoch scheint, als ob in letzter Zeit ein etwas freierlicher Zug sich eingestellt habe. Hoffen wir es führt zum Guten.

Bei dem

Tiefbauamt

ist es ganz besonders die Lohnfrage, welche die Gemüter nicht zur Ruhe kommen läßt. Und ganz selbstverständlich. Das Tiefbauamt ist derjenige Betrieb, welcher die meisten Arbeiter beschäftigt, allerdings im Sommer. Die Löhne sind hier zum überwiegenden Teil Stundenlöhne und schwanken zwischen 35 bis 42 Pf. Schon hierin liegt ein guter Grund zur Unzufriedenheit.

So vielfach wir verlungen, einheitliche Löhne zu schaffen, so vielfach wurde das auch in Aussicht gestellt, aber eingeführt wurde

es nicht. Nun sollte jetzt zum 1. Juli eine allgemeine Lohnregelung erfolgen. Die Arbeiter warten heute noch darauf. Jedoch etwas ist eingeleitet worden, man bezeichnet das mit dem schönen Namen Kontraktionszulagen. In gutes Deutsch übersetzt Gehaltzulagen. Warum gibt man diese? Man will einen steil in die Arbeiter treiben! Die weitere Folge davon? Der Willkür und Betrübnis, dem dem Schmarotzertum ist Tür und Tor geöffnet. Wir werden uns in nächster Zeit mit diesen Dingen beschäftigen.

Viel lassen auch noch die Verhältnisse bei der

Straßenreinigung

zu wünschen übrig. Schon vor Jahren petitionierten die Kollegen hier um eine Reformierung der Uniform. Die Antwort lautete damals, daß Erwägungen und Erörterungen angestellt seien. Aber bis jetzt ist man noch nicht darüber hinausgekommen. Die jüngsten Vorgänge im Stadtverordnetenkollegium scheinen etwas mehr Bewegung hineingebracht zu haben. Dem jetzt sieht man hin und wieder mal einen Straßenehrer mit einer neuen Mütze, an der eine große Plende besonders auffällt. Jedoch, trotz eingehender Beobachtung konnten wir noch keinen Arbeiter mit der so pomphaft in Aussicht gestellten Regenpelzermine erblicken, trotzdem es in Dresden bisher an Regentagen nicht gefehlt hat. Sollten die Pelzermine etwa noch nicht fertig sein? Oder will man sie nur im Winter in Verwendung nehmen lassen und paradiert bis dahin im Velleidungsdepot damit? Also wo bleiben die Pelzermine?

Die Marstallkutscher

haben wieder einige kleine Aufbesserungen erfahren. So erhalten sie jetzt für Straßenfahrungen an Sonntagen 3 Mk. bisher nur 2 Mk.

Beim Leichendienst, sowie bei Feuerreserwerbenden ist die Vergütung neu geregelt worden. Auch in bezug auf die Leichendienstuniform sind Verbesserungen eingeführt. Es erhält nun jeder Stütcher einen eigenen Hut. Jedoch die Vergütung der Leberstunden bedarf noch einer gründlichen Wenderung. Fern gegenwärtig werden Leberstunden erst nach 9 Uhr abends vergütet. Das muß jedenfalls bessefertigt werden.

Aus all dem Gesagten ist also zu entnehmen, daß die und da Fortschritte, kleine Verbesserungen und Erleichterungen zu verzeichnen sind. Große, gründliche Reformen lassen jedoch immer noch auf sich warten. Und wenn im Januar dieses Jahres der Herr Oberbürgermeister in seiner Thronrede die baldige Umgestaltung unserer so bescheidenen Allgemeinen Arbeiter-Ordnung ankündigte, so müssen wir heute konstatieren, daß die reformierte Arbeiter-Ordnung noch immer in einer Kommission tief begraben liegt.

Wenn man allerdings die in der Tagespresse erfolgten Mitteilungen über die Zustände im Ratkollegium und weiter die veröffentlichte Begründung des Oberbürgermeisters zur Neuerrichtung einer weiteren Stadtratsstelle betrachtet und würdigt, dann darf man freilich nicht verwundert sein, wenn die Behandlung von Arbeiterfragen viel, sehr viel zu wünschen übrig läßt. Hier werden wir noch tüchtig Arbeit bekommen, um Wandel zu schaffen. Was an uns liegt, wird getan werden. Sünde der städtischen Arbeiter ist es aber, auch ihren Teil mit beizutragen. Im Verein mit einer guten Organisation wird es auch unseren Genossen im Stadtparlament, die in dem halben Jahre ihrer Tätigkeit schon viel für die städtischen Arbeiter getan haben, weiter gelingen, längst angestrebte Reformen durchzuführen.

Städtische Arbeiter aller Art, unterstützt darum die Organisation nach Kräften!

Erwerbt das Bürgerrecht!

R. Pfeiffer.

Aus dem Gau Südbayern.

München, 20. Juli 1906.

Just um das beneidenswerte niederbairische Stückchen Erde, welches man die „bayerische Kornlammer“ nennt, und allwo ein alt-eingelegenes Bauerntum reiche Schätze aus dem ertragsfähigen Boden geknaut, liegen drei Städte, in denen unser Verband vor kurzem Fuß gefaßt hat.

Diese Städte, die oft genug gegeneinander mit ausgefeiltem Raffinement rivalisieren, wenn es gilt, irgend ein Institut, eine Materie oder sonst etwas zu bekommen, haben das eine miteinander gemeinam, daß sie in punto Arbeiter-Fürsorge gleich rückständig sind.

Diese Erscheinung ist ja um deswillen nicht wunder zu nehmen, weil ja die Mehrzahl der in diesen Städten beschäftigten Arbeiter, gleichviel ob in Privat- oder Gemeindedienst stehend, die gewerkschaftliche Organisation vor zwei und drei Jahren noch ein böhmisches Dorf war.

Durch fortgesetzte Agitationsarbeit der verschiedenen Verbände ist es endlich gelungen, auch hier Preise zu legen, und mit voller Schaffensfreudigkeit treten nun auch in diesen Städten die Proletariat zusammen, um durch gemeinsame Arbeit bessere Verhältnisse zu schaffen.

Die Herren Arbeitgeber vermochten dieser Wendung der Dinge anfangs gar nicht zu ersehen. Sie glaubten durch rücksichtsloses Vorgehen die ganze Bewegung ersticken zu können.

Aber der einmal entseffelte Strom war nicht mehr zu dämmen, und manches kleine Scharfmacherlein, das trotzig glaubte, die Arbeiterbewegung einfach ignorieren zu können, liegt bereits gebrochen im Sande, während die Gewerkschaften nach solchen Kämpfen sichtlich erst recht gedeihen.

Und so kommt es denn, daß die Rathausgewaltigen der Städte Regensburg, Straubing und Landsbut, von denen die Mehrzahl selbst Arbeitgeber oder sonst würdige Vertreter des Kapitals sind, ihre Schmachtt gegen die eigenen Arbeiter erkennend, die städtischen Arbeiter geradezu als Verführer der Entbehrung benennen wollen.

Mißlang hatten die hier in Rede stehenden städtischen Arbeiter dieser Entwicklung in vollständiger Verkennung der Situation in städtischer Ruhe entgegengekommen. Rechte auch mancher gelegentlich die Faust im Eck geballt haben, so fehlte es doch immerhin noch an zielbewußten leitenden Mollgegnen.

Durch den Postkurs und die neueren Raubzüge auf die Taschen der Arbeiter aufgeschreckt, beginnen nun auch die städtischen Arbeiter die Situation zu erfassen, um ihre Wünsche innerhalb der Organisation zur Geltung zu bringen. Die verschiedenen Herren Vorgesetzten der städtischen Arbeiter sind ja zumeist von dieser Wandlung der Dinge sehr wenig erbahnt und es ist ihnen deshalb kein Mittelchen zu schiefel, um der verhassten Organisation eins anzuhängen.

Leider gibt es immer noch eine Anzahl von Arbeitern, die, anstatt kräftig an dem Aufbau der Organisation mitzutun, die eigenen Mollgegnen verraten und demunzieren; selbstverständlich werden solche nichtswürdige Scharken stets mit offenen Armen von den Herren Vorgesetzten empfangen, um dann ihre Weisheit über die Ziele und Absichten der Organisation zum besten zu geben. Daß es unter solchen Umständen kein leichtes war, in diesen Städten Fuß zu fassen, versteht sich am Rande.

Zunächst Regensburg.

Dort hatte sich schon im Frühjahr 1905 eine hübsche Anzahl von städtischen Arbeitern unserem Verbande angeschlossen.

Dem Regensburger Magistrat war diese böse Geschichte ersichtlich unangenehm und so kam es, daß durch das Warten geheimnisvoller Artale, an denen, wie glaubhaft verpörrt wird, der dortige Magistrat nicht ganz unbeteiligt sein soll, die Leute eingeschüchert und den Dirschen in die Arme getrieben wurden.

Wenn man selbst gesehen hat, wie von selten der im Rathaus dominierenden liberalen Parteileitung an die bei den Dirschen organisierten städtischen Arbeiter die Einladungen zu liberalen Versammlungen zugestellt werden, so ist die oben skizzierte Vermutung auch nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen.

Nach dieser vollzogenen Schwelung ging alles wieder den gewohnten Gang und über allen Dirschen war Ruh'.

Randomal gondelte ein Dirsch von Augsburg herüber und versicherte jebeosomal mit seinem Gerablut, daß Magistratus in finanziellen Notan schreibe und deshalb für den Arbeiter nicht besonders viel getan werden könnte.

Diese Geldmühsere schloß jedoch nicht aus, daß seitens des Regensburger Magistrats für luxuriöse Dinge, Pferdereunen usw. Tausende hinausgeworfen wurden.

Da gab endlich der Magistrat neue Bestimmungen für die Arbeiter heraus, diese waren derart, daß unter den städtischen Arbeitern eine förmliche Panik ob der Enttäuschung ausbrach.

Am 10. Juni sprach von Gemeinbedarber-Verband Kollege

Schalb Münden im Metropolihaale vor einer gut beudanten Versammlung und bezeichnte dabei das Wenige, was der Regensburger Magistrat den Dirschen bewilligt hatte, als den Zubastobn für den wellzogenen Arbeitererrat.

Von Augsburg waren die Oberbirische Meischer und Keppler herübergeceilt, um zu retten, was noch zu retten war.

Es entwickelte sich ein frisch-fröhliches Redegesecht, in welchem die als Rothbeller herbeigerufenen Dirsche ganz bedeutend unter die Mäder gerieten. Von ihren eigenen Mitgliebern mußten sie sich bittere Wahrheiten ins Gesicht sagen lassen.

Trotz aller Vermöhungen konnte nicht verhindert werden, daß sich eine neue Filiale Regensburg des G. A. V. gründete.

Und nun gehts wieder Schritt für Schritt vorwärts.

Um den Mitgliebern unseres Verbandes vor Augen zu führen, mit welchen Mitteln hier gekämpft wurde, sei nur angeführt, daß die Dirsche sogar einen Teil der Beiträge an ihre Mitgließer zurückzahlten, um die zu halten.

Die Regensburger städtischen Arbeiter haben aber auch alle Ursache, sich in dem G. A. V. eine energische Vertretung zu schaffen. Nam doch z. B. kürzlich ein Fall vor, daß ein städtischer Arbeiter, der zudem in Regensburg geboren und beheimatet ist, vom Magistrat entlassen wurde, weil er etwas defektlich die Verhältnisse und andere Verkommnisse innerhalb des Magistrats glöhierte.

Das wäre ja weiter nicht so schlimm, wenn nicht (und das spricht Vände) dem Mann bei der Entlassung ein auf 3 Tage Lautendes Arbeitsauftrag erteilt worden wäre.

Man bedenke einmal diese Ungehörlichkeit: der Mann war über 8 Jahre beim Magistrat, wird entlassen, hat noch nicht einmal sein verdientes Geld, keine Papiere und bekommt den polizeilichen Auftrag, innerhalb 3 Tagen müsse er Arbeit haben.

Dieser Fall wird innerhalb unseres Verbandes wohl einzig dastehen und wir möchten unseren Genossen im Landtag empfehlen, diese Sache mal dort anzusprechen. Löhne, wie sie der Regensburger Magistrat im Winter (1,50—1,90 M.) bezahlt, sind eben keine Löhne, sondern nur ein Almosen.

In Straubing liegen die Dinge nicht viel besser. Im Gaswerk, aktiv natürlich noch die 24 er Schicht besteht, werden 15—18 M. Wochenlohn bezahlt.

Wir möchten dem dortigen Bürgermeister von Leistner, ehemaliger Vizepräsident des bayerischen Landtages, folgendes Redenerempel zu geneigtestem Studium empfehlen.

Die Metortenarbeiter leisten dort in 14 Tagen 13 Schichten à 12, und 1 Schicht à 24 Stunden = 190 Stunden. Bei einem Wochenlohn von 18 M. (wir nehmen absichtlich gleich den Höchstlohn) beträgt der Verdienst in 14 Tagen 30 M. oder pro geleistete Arbeitsstunde sage und schreibe: „zwanzig Pfennig“.

Fürwahr ein fürstliches Einkommen, zumal wenn man bedenkt, daß es für Nachtarbeit, Sonn- und Feiertags keinerlei Zuschläge gibt. Auch gibt es weder einen Urlaub, noch sonstige Vergünstigungen. Es scheint, die Straubinger Stadtverwaltung will geschoben werden; gut, an uns soll es nicht fehlen.

Erwähnenswert ist auch noch, daß gleich nach dem unser Verband in Straubing Fuß gefaßt hatte, auch der christliche Sekretär Albrecht aus Regensburg, dessen Sekretariat, wie in Regensburg die Zypnen auf allen Dämmen pfeifen, von dem Buchdrucker und Zentrumsführer Buxter auf Umwegen erhalten wird, auf dem Plane erschien, um die bekannte Manufakturstätigkeit zu beginnen.

Seinen Faten nach zu schließen, scheint dieser Sekretär Albrecht ein ganz besonders komischer Kauz zu sein; so lam es auch, daß ihm die Sache in Straubing gründlich vorbeizugelien ist, und die wenigen städtischen Arbeiter, die er zu kapern vermochte, haben ihm längst wieder den Rücken gekehrt.

Und nun Landsbut, der niederbayerischen Hauptstadt.

Hier haben sich die Gasarbeiter zu Anfang dieses Jahres organisiert. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen waren falsch, und so entschloß man sich, mit detaillierten Vorschlägen an den Magistrat heranzutreten. Neben Urlaub, Zuschlägen für Sonntags- und Nachtarbeit, Arbeiter-Ausschüssen und Zuschüssen zum Krankengeld wurde ein Mindestlohn von 3 M. verlangt.

Ein Lohn von 3 M. wäre nun in Anbetracht der örtlichen Verhältnisse gewiß nicht zu hoch, allem die christliche Organisation, welche einige Mann beim Bauamt hat, sel uns in den Rücken und verlangte ganze 2,50 M.

Der Erfolg war nun der, daß der Lohn für Gasarbeiter auf 2,70 M. nebst 10 Proz. Zuschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit festgesetzt wurde. Außerdem wurde Urlaub und 14 tägige Kündigung eingeführt. Wir können ja damit nicht zufrieden sein und werden bei gelegener Zeit eben wieder weiter leben.

Während aber ist die Geschichte der Christlichen, denn obwohl sie in Landsbut erschienen waren, um das „Kapitol“ vor der roten Gefahr zu retten, und trotz daß auf dem Landsbuter Rathaus Zentrum Trumps ist, sind sie nämlich durchgefallen. Obwohl es unsere Gegner sind, vernünftig wir es nicht, ihnen unser stilles Beileid zu verlagern, denn sie haben für ihre Bauamtsarbeiter gar nichts herausgeholt.

Um aber auch die Mähdständigkeit des Landsbuter Magistrats etwas zu zeichnen, wollen wir einen Satz betreffend der Bauamtsarbeiter heranzureifen, z. B.:

Die Wirkungen des § 616 sind ausgeschlossen, weil dieser § 616 bei unseren Tagelohnarbeitern ohne andere als eintägige Kündigungsfrist überhaupt nicht platzgreift. Das nennt man in gewöhnlichen Leben den Saulus mit dem Paulus schlagen, oder zwei Kliegen auf einen Esel. Man gewährt keine Kündigung und drückt sich somit um den § 616. Das ist echt scharfmacherisch, denn wenn schon eine Stadtverwaltung den Willen und die Absicht des Geleggebers nicht reißt, was soll man dann von den von kapitalistischen Grundstagen aus geleiteten Privatbetrieben verlangen.

Nun, wenn die Landsbuter städtischen Arbeiter auch fernerhin fest an der Organisation halten, dann werden wir noch manchen Stein aus dem Wege räumen, ja es hat den Anschein, als ob wir demnächst mit dem dortigen Magistrat etwas auszutragen belämen.

Die Sache liegt nämlich so: Als die Aufbesserung der Gasarbeiter erfolgte, gingen die dienstjüngeren fünf Mann leer aus. Auf eine Anfrage hin wurde diesen bedeutet, daß die christliche Organisation sich bedauert habe, weil sie nichts erbielten, wollten die Gasarbeiter auch nichts haben. (Und das nennt dann die schwarze Prut „praktische Arbeiterpolitik“.) Die „Münchener Post“ schreibt hierzu:

Landsbut, 10. Juli. Christliche Taktik. Da unsere schwarzen Brüder den Kampf mit den freien Gewerkschaften auf geradem Wege nicht bestehen können, versuchen sie es auf Schleichwegen. Nachdem auch das beliebte Mittel des Saalabtreibens nicht zu dem erwünschten Ergebnisse führt, verläßt man nun, einigms auf dem Wege der Demunziation fertigzubringen. Da die fast sämtlich dem Gemeinbedarberverband angehörenden Arbeiter der städtischen Gaswerke mit Fülle ihrer Organisation einige Verbesserungen ihrer Arbeits- und Wohnverhältnisse erzielt haben, mußte auch der christliche Handels- und Transportarbeiter-

verband zu einer großen Tat ausbilden. Die schwarzen Drahtzieher setzten sich hin und wuselten den Magistrat in einer Eingabe an, in der sie dringend die kürzlich erhobenen Forderungen zu gewähren bitten. Dies sei nicht nur vom materiellen, sondern auch vom ideellen Standpunkte aus notwendig, um die christliche Gewerkschaftsbewegung gegenüber den sozialdemokratischen Organisationen werbefähig zu erhalten. Durch die teilweise Erfüllung der vom sozialdemokratischen Verbands gestellten Forderungen der Gasarbeiter werden die Mitglieder des christlich-sozialen Verbandes nicht gerade ermutigt, den Anhängern der gegnerischen Organisationen dagegen schwele der Mann noch mehr. Nun, man wird nicht verfehlen, diese neue Rubrikstat der christlichen Helden der Landshuter Arbeiterschaft gegenüber ins richtige Licht zu rufen. Alle Wägden der Patentdristen werden nichts mehr helfen.

Ein Augenzeuge teilt Schreiber dieses noch mit, daß sich die Landshuter Mathausgewaltigen den Rauch vor Lachen hielten, als das christliche Gevimmel verlesen wurde.

Da haben wir nun den Salat: hier haben sich die Christlichen wieder einmal in ihrer ganzen Glorie gezeigt. Vielleicht wird nun gar manchem städtischen Arbeiter ein Seifenseber aufgehen.

Zum Schluß wollen wir auch noch der südlichsten Filiale unseres Verbandes, unseren tapferen Rosenhainer Kollegen einige Zeilen widmen. In Rosenham bestand eine „bairische Salinenarbeiter“ benannte Volalorganisation.

Trotz niedriger Beiträge konnte diese nicht vorwärts kommen. Diese Volalorganisation war dem Gewerkschaftsverein angegliedert und infolgedessen verschiedenen Anstößen der schwarzen Liga ausgesetzt. Am diesen nachhaltiger entgegnetreten zu können, wurde die Volalorganisation aufgelöst und deren Mitglieder traten in unseren Verband ein. Die Verhältnisse der Salinenarbeiter sind miserabel zu nennen. Kommt doch Genosse Franz Schmidt im bayerischen Landtag feststellen, daß dort noch Löhne von 2,92 Mk. existieren.

Die Mehrzahl der Salinenarbeiter ist in katholischen Arbeitervereinen, deren spiritus rector der berühmte Zentrumsabgeordnete Schürmer ist. Und trotzdem das Zentrum im bairischen Landtag nahezu zwei Drittel Majorität besitzt, geschieht nichts für diese Salinenarbeiter. An Stelle von Verbesserungen erhalten diese Arbeiter „Schürmers sozialpolitische Blätter“, die einer glaubwürdigen Veriderung zufolge deswegen so benannt sind, weil von Sozialpolitik aber auch keine Spur in denselben zu finden ist.

Die Salinenarbeiter haben während der 14 Tag dauernden Sudperiode abwechselnd sechs Stunden Arbeit mit sechs Stunden Ruhe. Nach 14 Tagen kommt eine 30tägige Ruhezeit.

Die Berufswahl dieser Arbeitseinteilung wird wohl jeder begreifen, denn es ist ein fortgesetztes von und zur Arbeitgehen. Der Dreißigstundewechsel wäre hier eine Naturunmöglichkeit.

Es fehlt aber bei den Salinern noch jede Einigkeit: das Gros dieser Arbeiter ist für den Organisationsgedanken nicht empfänglich, und so können diese Mißstände lustig weiter bestehen. So sehr sich auch das kleine Häuflein organisierter Kollegen bemüht, so geht es nur langsam vorwärts, denn der Individualismus ist hier ganz besonders ausgeprägt. Unsere Aufgabe wird es sein, durch fortgesetzte Agitation all diese Kollegen in den genannten Städten zu denkwürdigen, zielbewußten Arbeitern zu erziehen. Gelingen uns dies, so kann auch der Erfolg nicht ausbleiben. Drum wieder frisch ans Werk.

Franz Sebald.

Geschäftsbericht der Filiale Groß-Berlin.

2. Quartal 1906.

Wir sind diesmal in der angenehmen Lage, den Raum der „Gewerkschaft“ weniger in Anspruch nehmen zu müssen, da, wie üblich, ein großer Teil der Vorgänge in unserer Filiale sich auf den Verbandstag im verflohenen Quartal bezog. Mit Einführung des neuen Stats am 1. April 1906 wurden immerhin eine Reihe von Verbesserungen und Vornahmen erzielt, so daß die Lohnfrage schon aus diesem Grunde etwas in den Hintergrund trat. Von manchem Gesichtspunkte aus ist dies sogar zu begrüßen. Zunächst ist es der Durchführung nachstehender Forderungen nicht dienlich, wenn die allerspätestens im Jahre 1907, ganz unabhängig vom Stat, wenigstens mehrere Male im Jahre eingereicht werden. Hier sollte mit einer gewissen Konsequenz verfahren werden, nur einmal im Jahre bei den unterirdischen Institutionen die Forderungen einbringen. Die frühere Methode, auf eine Ablehnung mit der gleichen Forderung zu antworten, hat sich durchaus nicht bewährt, sondern führt nur dazu, daß die unzufriedenen und meist mit Recht unzufriedenen Kollegen sagen: „Es wird ja doch nichts erreicht.“ Die Organisation hat keinen Zweck“ u. dergl. Auf der anderen Seite läßt sich aus der Magistrat oder eine Verwaltung nicht herbei, außerhalb des Stats nachhafte Zugewinn zu machen. Es muß also auch hier planmäßig vorgegangen werden, um Mißmut und Mißerfolge zu vermeiden. Eventuelle große Versammlungen sämtlicher städtischer Arbeiter nahmen im verflohenen Jahre Zielung am Stat. So muß es auch diesmal werden. In 8 bis 10 Wochen kann der erste Vorstoß erfolgen. Weiter denn je hat der Berliner städtische Arbeiter Gewerkschaften im Vorhinein notwendig, denn die ablehnende Haltung der Stadtverordneten, bei Einreichung des sozialdemokratischen Antrages einer

Allgemeinen Arbeitsordnung, sollte jedem vor Augen führen, was er von bürgerlicher Seite zu erwarten hat. Aber noch immer ruht ein Teil der Kollegen in sanftem Schlummer und überläßt es den Organisierten, Zeit, Mühe und Opfer für die Allgemeinheit aufzubringen, um etwas zu erreichen.

Kast scheint es, als habe die Sommerzeit auch für unsere Filiale und deren Wachstum „Nerien“ gebracht. Die Anzahl der Aufnahmen steht weit zurück hinter derjenigen des 1. Quartals. Immerhin sind 57 männliche und 71 weibliche Mitglieder beigetreten, denen allerdings erhebliche Austritte gegenüberstehen. Weitere beschränken sich insofern im wesentlichen auf 2 Gruppen: die Engländer Gasarbeiter (Sektion IV) und die Straußen- und Arrenhauer (Sektion XI). In ersterer Sektion haben diverse Vorgänge, insbesondere auch das bisherige Zahlstellenmangel den Mißgang verurteilt. Es fehlt eben an erforderlichen Vertrauensleuten, die bereit sind, eventuelle Maßregelungen zu ertragen. Dabei kann keine Gewerkschaft groß werden, wenn nicht mindestens ein gewisser Prozentsatz ihrer Mitglieder vom festen Willen besetzt ist, unter Hintanhaltung ihrer Erntez für die Organisation und ihre Weiterentwicklung mit aller Energie zu arbeiten. Freilich, die Direktion der I. C. G. A. hat in ihrer Weise nicht schlecht kalkuliert, als sie eine Anzahl Vertrauensmänner entließ, zu einer Zeit, wo an eine gebührende Antwort seitens der Organisation leider noch nicht zu denken war. Aber über ein Meines, so werden wir uns wiedersehen! In der Sektion XI sind wir infolge von Maßregelungen und Entlassungen auf einen Stand gekommen, wie er seit Jahren nicht zu verzeichnen war. Hier muß eine vollständige Reorganisation einleiten. Können wir, daß es der Filiale nunmehr gelangt, etwas Standhaftigkeit in die Sektion der Straußen- und Arrenhauer hineinzubringen. Der Gesamtmitgliederbestand betrug bei Quartalsabschluss 5208, gegen 5011 im ersten Quartal.

Ein Wandel zum Besseren dürfte auch zum Teil durch die neu gegründete Agitationskommission herbeigeführt werden, welche sich in der Hauptsache aus den Berliner Verbandsdelegierten zusammensetzt. Die Organisation derselben ist eine gelobte Filiale. Es soll damit gleichzeitig ein besseres Selbstversteherlernen der einzelnen Kategorien erfolgen. So berechtigt nämlich der Wunsch der Sektionen ist, ihre Berufsangelegenheiten, als da sind: Forderungen, Mißstände, Beschwerden, selbstständig zu regeln, so hemmend wirkt diese Selbstständigkeit, wenn sie sich auch auf die Verbandsangelegenheiten beziehen würde. Das ist leider noch nicht allgemein anerkannt. Beschlüsse und Mittel, welche sich auf unsere Organisation selbst beziehen, gehören entweder in die Verwaltungs- oder in die Sektionsverwaltung, oder in die Generalversammlung. Gerade dadurch daß man glaubt, womöglich in einer Anstaltsversammlung alle diese Dinge entscheiden zu können, wird der Gehalt der Generalversammlungen verabsäumt; auf der anderen Seite sind die Kollegen wiederum bei erkannt, wenn den Anregungen oder Beschlüssen einzelner Sektionen nicht Folge geleistet werden kann. Die Wurzel dieses ganzen Übels liegt allerdings in dem früheren Aufbau der Berliner Organisation, die sich aus 20 und mehr Filialen zusammensetzte. Das hat sich bei der Umwandlung am 1. Oktober 1903 in ebensoviele Sektionen nicht allzuviel geändert, das Kind hat nur einen anderen Namen bekommen. Erst seit circa 1 1/2 Jahren ist es unter Stürmen und Wehen gelungen, eine etwas tiefer gehende Verschmelzung durchzuführen, deren Früchte insofern auch nicht ausgeblieben sind, als seitdem der glänzende Aufstieg der Berliner Filiale zu verzeichnen ist. Jetzt hat der Verbandstag in Mainz ein Uebriqes getan und im § 30 des neuen Stats ausdrücklich bestimmt, daß Sektionen und Unterabteilungen keinerlei Selbstständigkeit in Verwaltungs- und Massenangelegenheiten haben dürfen. In Konsequenz dieses Beschlusses konnte endlich der langgehegte Plan zur Durchführung gelangen, einen Staffenboten für die Filiale anzustellen, welcher die Beiträge direkt von den Beitragsnehmern abholt. Damit dürfen die vielen Inzutraglichkeiten, die sich an das bisherige System der Sektionskassen knüpfen, ganz wesentlich vermindert werden, wenigstens namentlich in der ersten Zeit auch hier nicht alles so klappen kann, wie dieser oder jener wünschen möchte. Vor allen Dingen wird die weitgehende Unterstützung der Beitragskassen notwendig sein, geordnete Abrechnungen und vermindertes Bekanten Rumoren zu erzielen. Auch hier hat der Verbandstag durch die Bestimmung, daß die Mitgliedschaft nach acht Beitragszeiten erlischt, eine Direktive gegeben, die weiteste Reaktion verdient. Der Massenbericht vom 2. Quartal ergibt in Einnahme und Ausgabe die Höhe von 22.963,67 Mk. Der Bestand vom 1. Quartal betrug 9965,97 Mk. Für das 3. Quartal bleiben 9497,66 Mk. in der Filialkasse. Bedenkt man die 300 Mk. für Lithographen und Buchbinder als außergewöhnliche Ausgaben, so kann sich die Filialkasse immerhin leben lassen. Allerdings geht bereits unabweislich hervor, daß ab 1. Oktober der Filialbeitrag 10 Pfg. betragen muß. Der Ortsvorstand konnte höchstens für die Laternenwärter und Miefelfeldarbeiter weggelassen werden. Ebenso brauchen die weiblichen Mitglieder nur 10 Pfg. pro Quartal Ortsbeitrag zahlen. Bei guter Situation ist hingegen zu erwarten, daß durch die gesteigerte Mitgliederzahl im Oktober 1907 an Straußen- und Arbeitslosen Unterstützung 6 Mk. pro Woche, d. h. 2 Mk. zusätzl. zur Verbandsunterstützung gezahlt werden können.

Der Berliner Kampfunds der Gasarbeiter weist die Höhe von 7516 M. 75 Pf. auf. Leider hat die Gasarbeiterkonferenz in Mainz ihren kraftvollen Worten nicht die Taten folgen lassen oder richtiger gesagt, man hat sie gelohnt, die materiellen Konsequenzen zu ziehen, und da böse Beispiele bekanntlich gute Taten verderben, ist die Sicherung und Fortführung des Berliner Gasarbeiter Kampfunds auch noch nicht unter Dach und Fach. Eine Anfang September vorzunehmende Nebestimmung über Verbehalten eines 10 Pf. Kampfunds wird endgültig entscheiden. Im Interesse der baldmöglichen Durchführung des 8. resp. 9. Stundentages bei den Berliner Gasarbeitern wäre die Verbehalten jedenfalls sehr wünschenswert.

Der Unterstützungsfonds weist bei einer Einnahme von 27 M. 41 Pf. eine Ausgabe an 19 Kollegen in Höhe von 200 M. auf, so daß als Bestand 267 M. 41 Pf. verbleiben.

Nachstehend ein kurzer Bericht über das gesamte Organisationsleben im einzelnen. Wie schon angedeutet, drehten sich die Versammlungen im April und Mai hauptsächlich um Vorbereitungen zum Verbandstag, während der Juni die Verichterstattung im Gefolge hatte. Außerdem wurden eine Reihe von Agitations-Versammlungen bereits Anfang April arrangiert, die zumteil einen guten Verlauf nahmen. — Die Monistiner in der Gasanstalt Gitchinerstraße aus Anlaß der verlangten Charfreitag-Überstunden sowie in Tegele, wo es sich um eine Nahrungstrage handelte, sind bereits in Nr. 19 der „Gewerkschaft“ ausführlich geschildert, es läßt sich nur die Mahnung wiederholen: Mehr Disziplin und Vertrauen zu den Vertrauensleuten! — Am 9. April fand die Generalversammlung der Betriebskrankenkasse der Stadt Berlin statt, welche wiederum eine Bedeutung für unsere Organisation hat, als die Delegierten in ernster und überzeugender Diskussion an der Hand des Geschäftsberichts den Nachweis führten, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit für die städtischen Arbeiter unbedingt eintreten muß, soll sich die finanzielle Lage der Betriebskrankenkassen heben. Die Straßensänger ist mit 8,1 Tag pro Woche wesentlich höher als in sonstigen Krankenkassen. Eine diesbezügliche Resolution welche dem Magistrat als Arbeitgeber und Aufsichtsbehörde zu überreichen ist, wurde seitens der Arbeitnehmer einstimmig angenommen, während die Arbeitgeber dagegen stimmten. Auch ein Beweis sozialen Unverstandes in den Reihen der höheren Beamten, welche als Arbeitgeber Delegierte dem Magistrat vertraten! Die Ratzefer nahm einen recht stimmungslosen Verlauf, leider sah man viele, die nicht da waren! Können wir, daß 1907 auch hierin ein Wandel zum Besseren geschieht, wie es der Verbandstag in Mainz ausdrücklich dokumentiert hat. —

Am 18. Mai fand eine imposante von über 3000 Kollegen besuchte Protestversammlung bei Heller statt, in welcher Hr. Zubeil über die Ablehnung der seitens der sozialdemokratischen Fraktion eingereichten Allgemeinen Arbeitsordnung referierte. Zelle der vieltausendstimmige Protest nicht doch wenigstens dem Magistrat in die Ohren klingen: Von den bürgerlichen Stadtverordneten sind wir ja schon manverlei gewohnt; namentlich seit diese Herren wissen, daß sich die städtischen Arbeiter nicht mehr wie früher bei Wahlmanövern als Stimmvieh bewegen lassen, sondern die Arbeiterkandidaten unterstützen. Bis auf die Gruppe des Ortsvereins Berliner Stahnenringler sind auch die Scherverdiente für den Restum mit und ohne Bezahlung geschwunden und selbst diese Säule ist schon getrieben. Ist doch unsere Sektion der Straßensänger trotz aller Aufwindungen und Schikanen drauf und dran, die erkrankten Kollegen für unsere Organisationen heranzuholen. Einen letzten Streich verübte der Ortsverein, indem man in Abwesenheit unseres Sektionsleiters, Kollegen Zwick, welcher als Verbandstagsdelegierter in Mainz weilte, ein lägenhaftes Flugblatt herausgab, und durch Unterzeichnensammlung den jegigen Arbeiter ausbüh 7 Verband, 1 Ortsverein, zwingen wollte, sein Amt niederzulegen. Der Streich mißlang natürlich und der Ortsvereins Vorstand muß nun in aller Stille neue Abwindmaßnahmen in Umlauf legen, wenn er keine Mitglieder halten will. Ob es ihm gelingt und wie lange noch, ist eine andere Frage. — Die Arbeiterauswahlwahlen auf dem Schlachthof und Viehhof gingen im Gegenzug zu denen der meisten anderen Verwaltungen, nicht ganz in unserem Sinne vor sich, insofern, als sich ein notorischer Lurkerant und Mitverbandsmitglied mit eingeschlichen hat. Da alle übrigen Mitglieder des Ausschusses im Verbands sind, wird der eine heidnische „Lemische Figur“ bei den Zeichnungen bleiben. Nach hier wurde die Abwesenheit des Sektionsleiters zur Gegenagitation verwendet. — Am 16. Juni nahm die Anstalt Gitchinerstraße Stellung gegen die Entlassung des 2. Sektionsleiters, Kollegen Schöber, ebenso wurden die Hebergrube der Interbeamten einer gebührenden Kritik unterzogen. Wir haben bereits in der „Gewerkschaft“ darüber berichtet. Desgleichen über die Mahnung des Kollegen Vogelländer, welche noch immer in den Zukunft steht. Platzgerade kann man aber bald darauf verzichten. Glaubt man denn in der Ferne, daß störende Behälter von Zeit leben kann? In zwei Sitzungen der Erweiterungsterversammlung am 15. und 20. Juni wurde die Geschäftslage der Zentrale in Verbindung mit den Beschlüssen des Verbandstages beraten. Die Bestellung zweier Beamten in Land des Ausschusses des neuergewählten Redaktionskomitees durch Hebergrube des Zweigbüreaus notwendig geworden.

Ebenso wurde der Klassenbote sanktioniert. Tiefen Beschlüssen hat die Generalversammlung ihre Bestätigung gegeben, so daß die Ausschreibung alsbald erfolgen konnte.

Am 25. Juni tagten die gesamten Berliner Gasarbeiter, um gegen die nichtachtende Behandlung der Arbeiterausschüsse Stellung zu nehmen. Eine bezügliche Resolution wurde an die Gasdirektion gesandt. Ueber die Gasarbeiterkonferenz war man nicht allzu erbauet, doch soll die weitere Verichterstattung in den einzelnen Betrieben erfolgen. — Durch Hebergrube des Zweigbüreaus hat sich das Arbeitsgebiet der Berliner Zentrale beträchtlich vergrößert und es bedarf der äußersten Anspannung aller Kräfte, um den gesteigerten Ansprüchen gerecht werden zu können. — Die Verhandlungen mit der Sektion IX sind bis zur Herausgabe des Verbandstagsprotokolls vertagt. Dingungen haben sich die privaten Rademeister nicht zum Hebertritt in unseren Verband entscheiden können, weil ihnen „der Beitrag zu hoch“ ist. Man wird es nimmer mit dem Anschluß an das sozialistische Martell versuchen, was bekanntlich in dieser Beziehung den „billigen Jakob“ macht, trotz aller hochtönenden radikalen Phrasenologien.

Es wurden im zweiten Quartal 49 Vorträge in den Sektionen abgehalten, davon 34 seitens des Ortsbüreaus. Hierzu kommen 89 Zeichnungsabende, so daß die Ortsbeamten trotz teilweiser Abwesenheit auf dem Verbandstag 123 Abende im Interesse der Organisation tätig waren. Im zweiten Quartal war an Posteingängen zu verzeichnen: 314 Briefe, 302 Karten, 108 Truchfaden, 14 Pakete, 8 Postanweisungen. Ausgänge: 471 Briefe, 356 Karten, 911 Truchfaden, 5 Pakete, 6 Postanweisungen, je 1 Muster ohne Wert, Einschreibebrief, Depesche. Zusammen 746 Posteingänge, 1752 Postausgänge. Daraus ergibt sich ein ungefähres Bild der intensiven Bureauarbeit, wie sie unsere Zentrale erfordert.

Zum Schluß ein paar persönliche Bemerkungen. Der Unterzeichnete nimmt hiermit in offizieller Weise Abschied von den Berliner Kollegen in seiner Eigenschaft als Filial-Sekretär. Zwar wird die Hebertretung als Redakteur der „Gewerkschaft“ erst noch Bezeichnung der Sekretariate erfolgen können, immerhin dürfte dieser Termin nicht in weiter Ferne liegen. Zudem wir hiermit den Berliner Kollegen unseren Dank aussprechen für das während dreier Jahre geschenkte Vertrauen, hoffen wir, daß uns auch in der neuen Stellung als Redakteur der „Gewerkschaft“ die Unterstützung aller Kollegen zuteil wird, die es ermit mit der Organisation meinen. Es wird auch in dem erweiterten Rahmen der Redaktionsstätigkeit nicht möglich sein, es jedem recht zu machen. Wir sind uns aber bewußt, in unseren Maßnahmen stets das Wohl der Zentrale im Auge gehabt zu haben. Auch im neuen Wirkungsbereich werden wir uns mit Freude daran erinnern, die uns in unserer nicht leichten Arbeit ihre Unterstützung zuteil werden lassen. Möge die Zentrale weiter wachsen und gedeihen!

Im Oktober 1896 wurde der Verband durch die Berliner Gasarbeiter gegründet. Bald ist ein Degenium dahin und noch fehlt uns so mancher Kollege. Wohl nimmt man teil an den Erregungen und Äußerungen unserer Organisation. Etwas zu bringen ist aber leider nicht jedermanns Sache. Da gilt es aufzutreten und nicht zu erlahmen in der Agitation. Der Verbandstag hat uns durch seine Beschlüsse den Weg vorgezeichnet, welchen wir zu gehen haben. Dem zielbewußten vereinten Ansturm der Berliner städtischen Arbeiter werden weder Magistrat noch Stadtverordnete auf die Dauer widerstehen können.

Wohlan, sagen wir in Variation eines bekannten Ausspruchs:

Das Ziel ist erkannt,
Die Waffen sind genannt!
Die Schwarzfieber verbannt,
Die eigenen Kräfte angespannt!

Emil Dittmer.

Aus unserer Bewegung.

Der Streit in der Hamburger Münze und im Hamburger Staats-hüttenlaboratorium dauert fort. Zutug ist fernzuhalten.

Berlin IV Ammonial. Nachri Wiedererschneidung. In der Betriebsberührung vom 22. Juli sprach an Stelle des verbindlichen stellenden Vorgesetzten der Kollege Zambdi. Er führte aus, daß die Grenzstreitigkeiten uns viel Leidwesen machen, daß es aber nötig sei, die Kollegen zur Einigkeit und zur gemeinsamen Arbeit mit den anderen modernen Gewerkschaften zu erziehen, wenn eine Verbesserung der Verhältnisse erzielt werden soll. Stollge Zambdi brachte dem noch die beim Punkt Grenzstreitigkeiten auf dem Verbandstages angemessene Resolution zur Verlesung und Erläuterung; sämtliche Anwesende stimmten dem Redner zu, ohne der Resolution. Verschiedene Redner kritisierten jedoch die Mangelhaftigkeit unter den Kollegen und empfahlen besseres Handeln anzudeuten. Unter Anträgen für den Arbeiterausbau wurden folgende Punkte als Forderungen gestellt: Gewährung eines rechtlich freien Abkündigungsrechts, Erhebung des achtundzwanzigsten Lebensalters sei noch bemerkt, daß zurzeit viel Mühe geführt wird darüber, daß

vom Leiter der Fabrik, Herrn Petrif, die Kollegen angehalten werden, unseren Verband zu meiden, da er jetzt bei der F. C. G. M. schlecht angefahren sei, während der Dinstag Dundersche besser angesehen sei. Die Kollegen sollten sich deshalb lieber da anschließen. Diese Anweisungen des Herrn Fabrikleiters wurden von den Versammelten in richtiger Weise gewürdigt und die Kollegen aufgemuntert, mehr noch wie bisher zusammenzuleben.

Berlin IV (Mariendorf). Eine leidlich besuchte Versammlung fand am 22. Juli im Feldschloßchen statt. Kollege Mittler referierte über „Unsere Organisation nach dem Mainzer Verbandstage“. Zu großen Zügen gab Medner ein Bild von der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte und der dadurch geschaffenen Situation für die Arbeiter, zeigte dann an der Hand von Beispielen, daß für die Gemeindearbeiter und für die Arbeiter der mit den Gemeinden eng alliierten Privatgesellschaften sowohl in Bezug auf die Wege und Mittel, welche zur Hebung dieser Lage einschlagen seien, kein Unterschied zwischen ihnen und den Arbeitern in der Privatindustrie sei. Von dieser Erwägung ausgehend, sei in Mainz vor allem darauf Bedacht genommen, den Verband aktionsfähig zu machen durch Schaffung von größeren Mitteln. Medner besprach im weiteren Verlauf die Beschlüsse des Verbandstages und deren Tragweite und forderte zum Schluß die Anwesenden auf, nun ihrerseits dafür zu sorgen, daß aus den in Mainz gefaßten Beschlüssen Ausbringendes entpringen möge. In der Diskussion forderten die dazu Sprechenden wiederholt auf, daß allgemein im Sinne des Meserats gehandelt werden müsse, wenn es auch in den englischen Gasanstalten besser werden solle. Auch in Mariendorf gebe es noch viel zu bessern. Die Kollegen müßten besser ihre Pflicht der Organisation gegenüber tun, und besonders die Vertrauensleute sollten bestrebt sein, Vorbildlich zu wirken und nicht in den Versammlungen durch Abwesenheit zu glänzen oder gar Ueberstunden machen.

Nach Besprechung interner Betriebsvorgänge und Mißstände, um deren Beseitigung sich der Arbeiterausschuß bemühen solle, und nach Annahme eines Antrages, wonach der Ausschuß die Abschaffung des Afforditiums beim Kohlenaustragen verlangen sollte, schloß die Versammlung.

Brandenburg. Eine Versammlung der Brandenburgischen Gemeindefabrikanten beschäftigte sich am 21. Juli mit den Beratungen und Beschlüssen des letzten Verbandstages. Einstimmig sprachen die Kollegen ihre Genehmigung über die Beitragserhöhung aus. In es wurde ein Antrag eingebracht und einstimmig angenommen, diesen erlebten Beitrag bereits vom 1. August ab zahlen zu wollen — zurzeit bezieht nämlich Gode in der Filialklasse — um diesem lästigen Zustand damit abzuhelfen. Auch wurde auf die Achtundzweihundertbewegung hingewiesen und wie nötig hierbei eine gewisse Verbändlung sei. Es zeigt sich eben auch hier wie allwärts, daß reaktionäre Handlungen der Behörden den Eifer der Arbeiter erschüttern. Denn der Direktor des Gaswerks bekämpfte den Achtundzweihunderttag mit einer Energie als gelte es sein Leben. Ein paar dienstaltere Feuerleute haben sogar Julagen von täglich 50 Pf. erhalten, nur sollen sie auf die achtstündige Schicht verzichten. Allerdings gehen die meisten, und zwar die dienstjüngeren Feuerleute leer aus, trotzdem sie gerade zum Teil schlechtere Arbeit haben, als die mit Zulage Bedachten. Der Herr Direktor hat diese eigenmächtige Maßnahme damit verteidigt, daß er doch nicht jedem Zulage geben könne, der erst in den Betrieb hineingekommen sei. Damit aber der Betrieb durch die Zulage keinen Schaden erleidet, läßt man die mit der „Wohlfahrt“ befristeten Erstarbeiter bzw. Affordarbeiten verzichten, dadurch bringen die Arbeiter die keine Mehrzulage reichlich wieder ein. Daß durch die zwölfstündige Schicht Leben und Gesundheit der Arbeiter schwer benachteiligt wird, hat für die maßgebenden Personen nichts zu bedeuten, obgleich in Brandenburg selbst sich das Gesundheitschädliche der Arbeit zahlenmäßig nachweisen läßt. Nur ein einziger Arbeiter hat eine zehnjährige Dienstzeit hinter sich. 1 Mann ist 7 Jahre beschäftigt und 5 Mann 6 Jahre. Alle übrigen sind 1 bis 3 Jahre im Dienst. Doch auch hier werden die Verhältnisse stärker sein, als der Wille der Herren Stadtwärter und des Betriebsleiters. Stadt an Stadt reißt sich, die die sozial berechtigten und selbstverständliche Forderung der Arbeiter erfüllen und auch Brandenburg wird dem noch Rechnung tragen müssen. Die Kollegen brauchen nur gut auf den Posten zu sein und ihre Pflicht der Organisation gegenüber in jeder Hinsicht tun, dann wird auch hier ein Erfolg nicht ausbleiben.

Freiburg i. Brsg. Bei den hier stattgehabten Wahlen zum Arbeiterausschuß — gewählt wurden 12 Mann, und zwar nach dem Proportionalwahlrecht — haben wir acht Siege errungen. An Gegenagitation haben es unsere lieben Freunde natürlich nicht fehlen lassen, und trotzdem dieser Erfolg. So leicht ist unsere Organisation eben nicht totzumachen, selbst wenn man kräftig mit dem roten Zapfen schwingt.

Hannover. Am 20. Juli fand hier eine öffentliche Mitglieder-Versammlung im „Neuen Meselatt“ statt. Nachdem das Protokoll verlesen und genehmigt war, erstattete der Kassierer den Massenbericht.

Ihm wurde Decharge erteilt. Hierauf wurden 2 Kollegen zur Unterstützung für die Leitung des Gewerkschaftsfestes, und 4 Kollegen zu unserem am 2. September stattfindenden Sommerfeste, als Festkomitee gewählt. Bei der V o h n b e s p r e c h u n g stellt nach längerer Diskussion der Kollege Joh. Wötner den Antrag, für dieses Jahr keine allgemeine Lohnforderung zu stellen. Dieser Antrag wird angenommen. Der Magistrat soll jedoch darum angegangen werden, die Löhne im Winter nicht zu reduzieren, die Sommerpausen auch im Winter beizubehalten, die Altdarbeit möglichst abzuschaffen, und die Regelung des Lohnes nach Dienstklassen vorzunehmen. Dem Kollegen W. wird auf Antrag des Kollegen J. Wötner eine Unterstützung von 20 M. aus der Filialklasse gewährt. Gemäß dem Antrage des Kollegen Meis wird dem Unterkassierer vom 1. Juli 1906 ab 10 Proz. der Gelder aus den Beitragsmarken bezahlt. Hierauf Schluß der Versammlung.

Magdeburg. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung tagte am 21. Juli er. im „Bürgerhaus“. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben der Kollegen Ahrens und Weinede durch Erheben von den Plätzen gebrüt. Der Kassierer F. gab den Massenbericht. Revier F. bestätigte, die Masse in besserer Ordnung gefunden zu haben, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wird. Anschließend an seinen Bericht kritisiert der Kassierer die geringere Einnahme gegenüber dem vorigen Vierteljahr und ersucht daher, die Beiträge pünktlicher zu entrichten. Für Pankau wird Ritter als Hilfskassierer gewählt. Im Verschiedenen teilt E. mit, daß am 5. August eine öffentliche Versammlung im „Treilauer Bund“ stattfindet und fordert die Kollegen auf, für ein gefülltes Haus zu sorgen. Weiter bespricht er den Ausflug und hofft, daß bei derartigen Veranstaltungen die Beteiligung das nächste Mal eine regere sei. Er fragt an, weshalb Raigatter und Wiederoth, die doch jederzeit ebenfalls Streitbarkeit verrichten hätten, nicht angeschlossen seien. F. erklärt demgegenüber, man hätte unter Beachtung der jeweiligen Verhältnisse Milde walten lassen, wohl hätte man die Handlungsweise gemißbilligt, daß dieselben nunmehr aber von selbst dem Verband den Rücken gekehrt haben, zeige, daß man es hier mit ungenügend aufklärten und wenig überzeugten Gewerkschaftlern zu tun habe. Einem Unterstützungsbuch des Kollegen Z. konnte nicht entsprochen werden; allgemein wurde hierbei hervorgehoben, man solle den Zweck des Verbandes nicht verkennen, dieser sei keine Unterstüttung, sondern mehr eine Kampforganisation. Die Kollegen von der Gartenbauverwaltung führten lebhaftes Wort über den Arbeiterausschuß, man riet diesen, sich straff zu organisieren, dann könne auch auf diesen eingewirkt werden.

Eisenburg. Hier ist es endlich auch gelungen, eine Filiale unseres Verbandes zu errichten. In einer öffentlichen, am Dienstag den 21. Juli 06 im Vereinshaus, Aumühlr. 28 b. Herrn Reinhard Schumacher abgehaltenen Versammlung sprach Genosse Paul Zeiser über den Wert und Nutzen einer gewerkschaftlichen Organisation. Er führte an der Hand runden Materials die Notwendigkeit der Verbesserung der Lage der Arbeiter vor Augen. Nachdem sich auch einige Diskussionsredner im Sinne des Meserenten ausgesprochen hatten, wurde folgende Resolution verlesen und angenommen: Die Versammlung ist mit den Ausführungen des Genossen Zeiser einverstanden. Die Anwesenden verpflichten sich mit allen Kräften für die Ausbreitung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu sorgen. Sämtliche Anwesende ließen sich in den Verband aufnehmen. Als Vertrauensmann wurde Genosse Zeiser gewählt. Möge diese neue Zweigstelle unserer Organisation gute Früchte tragen.

Flauen. Die Organisation der städtischen Arbeiter macht hier nicht zu verkennende Fortschritte. So fanden am Sonnabend den 20. und Sonntag den 21. Juli zwei Versammlungen statt, in denen Kollege G. Werthold aus Leipzig referierte und sich zum Thema „Zweck und Nutzen der Arbeiterausschüsse“ gewandt hatte. Man lautete dem Medner mit Aufmerksamkeit. In der darauf stattgefundenen Diskussion, an der sich mehrere Kollegen beteiligten, sprach man sich im Sinne des Meserenten aus und wurde dieser beauftragt, eine G i n g a b e auszuarbeiten, um diese der S t a d t v e r w a l t u n g zu unterbreiten. Dasselbe soll baldmöglichst geschehen. Hierauf erfolgte die Wahl der Martelldelegierten und der Revieroren. Die Versammlungen waren von den bis jetzt organisierten Kollegen gut besucht. Die hiesige Filiale kann sich denn auch schon eines nicht zu unterschätzenden Erfolges erheuen, wie man aus folgendem ersehen wird: Am Mai d. J. wurde seitens der Kollegen eine Eingabe eingereicht, in der um Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden nachgesucht wurde. Diesem wurde stattgegeben und die Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt, auch bleibt der alte Lohnsatz bestehen. Dieses wäre nun der erste Erfolg, den die hiesigen organisierten Kollegen zu verzeichnen haben. An Energie und Interesse für die Sache liegt es nun, die der Organisation noch Fernstehenden bis auf den letzten Mann herbeizuholen. Denn, Kollegen, nur durch die Organisation habt ihr erreicht, daß ihr eine Stunde Ruhe mehr habt, in der ihr Euch erholen und Eurer Familie widmen könnt.